

„Eine peinliche Kampagne“

FUSION Waldlaubersheimer Ex-Bürgermeister Rainer Schmitt fürchtet um Niveau der politischen Auseinandersetzung

WALDLAUBERSHEIM (ttt). Aus der geplanten Fusion der Verbandsgemeinden Stromberg und Langenlonsheim wurde „eine peinliche Kampagne, in der keine populistische Untiefe ausgelassen wird, persönli-

”

Wer hat denn solche Angst vor einer Verbandsgemeinde Guldenbachtal?

Rainer Schmitt, Ex-Bürgermeister

che Verunglimpfungen eingeschlossen“. Zu diesem Schluss kommt Rainer Schmitt, ehemaliger Waldlau-

bersheimer Bürgermeister und Mitglied der SPD im Verbandsgemeinderat, nach den jüngsten Attacken der CDU gegen Bürgermeisterin Anke Denker (SPD). Man solle sich einfach mal vorstellen, die SPD hätte behauptet, Michael Cyfka (CDU) schiele bei der Fusion nur auf seine eventuell bedrohte Wiederwahl und torpediere deshalb die Verwaltungsreform, rät Schmitt. Diese an Stammtischen schon mal geäußerte Meinung würde doch dann von CDU-Seite zu Recht gerügt als „persönliche Verunglimpfung engagierter Kommunalpolitiker“, denkt der Sozialdemokrat. Wer, fragt Schmitt, habe denn solche Angst vor einer Ver-



Schmitt hält die Diffamierungen für fehl am Platz. Foto: Gemeinde

bandsgemeinde Guldenbachtal, dass es notwendig erscheine, Personen derart zu diffamieren?

Schmitt räumt ein, dass der ehemals gute Ruf von Reformen ruiniert ist. „Schuld daran haben auch die alten Spitzen-Sozialdemokraten, die es tatsächlich geschafft haben, dass beim Wort Reform der Großteil der Bürgerinnen und Bürger zusammenzuckt“, übt der Waldlaubersheimer durchaus Kritik an seinen Parteigenossen.

Statt die Verwaltungs-Reform voranzubringen und nicht auf die sogenannte Zwangsfusion zu warten, würden Grabenkämpfe zwischen Dörfern und Personen inszeniert, als seien Verbandsgemeinden organisch gewachsene Gebilde. Dabei wisse doch jeder, dass „(Ver-

waltungs)-Reformen nichts Neues sind“, betont Schmitt: Betriebe, Institutionen, Winzer, Bäcker, Kindertagesstätten, Arztpraxen und gar Kirchengemeinden müssten sich doch auch ständig anpassen.

Schmitt hält gerade Bürgermeisterin Denker wegen ihres bevorstehenden regulären Ruhestandes für prädestiniert, eine Verwaltungsreform zum Nutzen der Bürger zu wagen. Denn die Bürgermeisterin sei von der Fusion schließlich nicht mehr betroffen. Den Christdemokraten und „den Ängstlichen“ rät Schmitt, die Fusion als „ein besseres Leben für alle“ zu organisieren – für alle im Guldenbachtal.